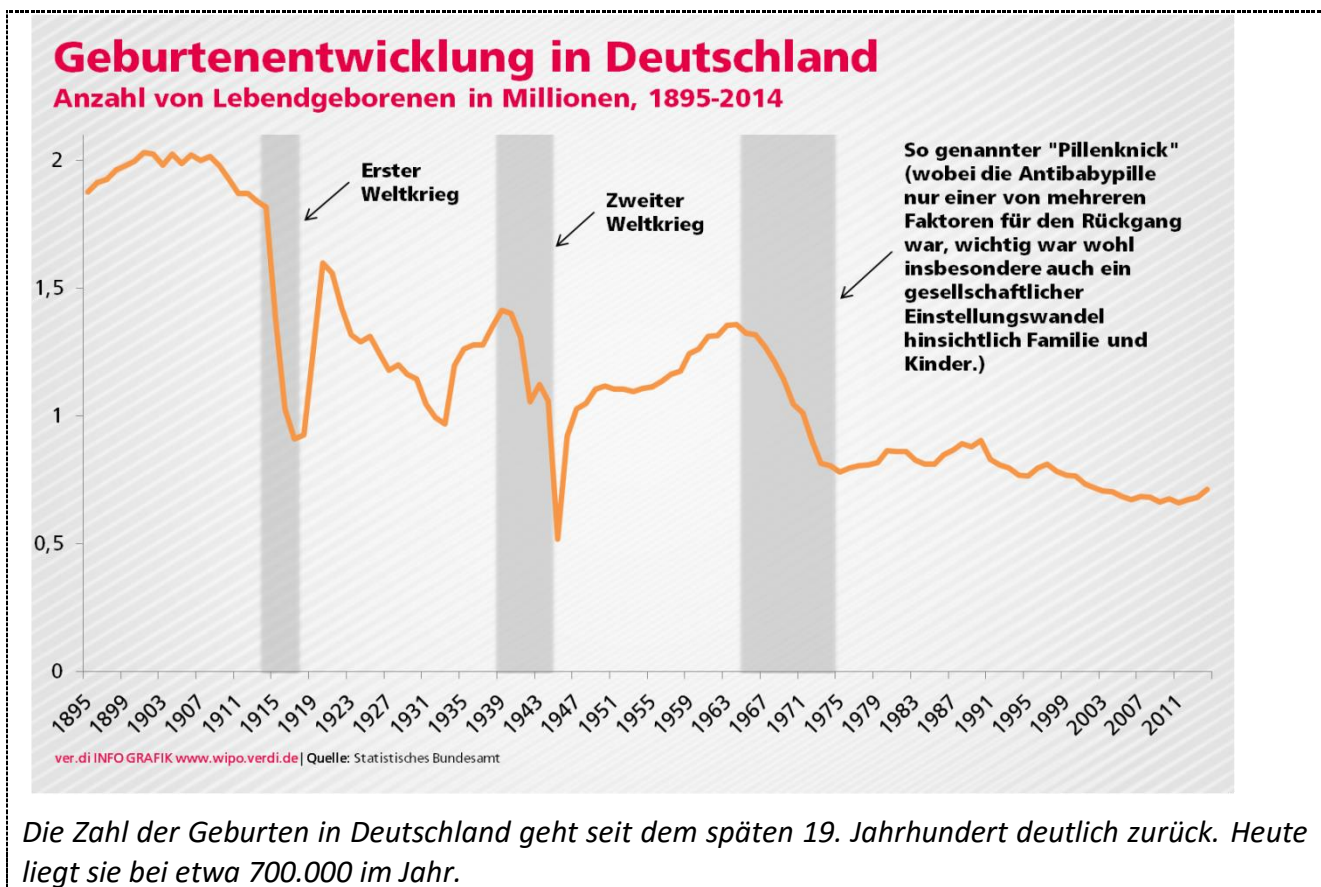


## Demografischer Wandel

In Deutschland wächst, wie in allen Industriestaaten, der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung. Das hat zwei Ursachen: eine höhere Lebenserwartung und eine niedrige Geburtenrate. Die Menschen werden älter, und sie bekommen weniger Kinder.

Die höhere Lebenserwartung ist ein Erfolg. Sie zeigt, dass sich die Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft verbessert haben. Insbesondere dank des medizinischen Fortschritts leben die Menschen länger. Die Kindersterblichkeit ist deutlich gesunken. Dank des sozialen Fortschritts, dank Sozialstaat, Sozialversicherungen und Gewerkschaften können in Deutschland (fast) alle an den besseren Lebensbedingungen teilhaben. Dadurch sind Kinder heute auch keine notwendige Bedingung mehr, um sich im Alter abzusichern.

Die Geburtenrate hat sich sehr ungleichmäßig entwickelt. Gleichwohl ist ein eindeutiger Trend zu beobachten: Die Geburtenzahl insgesamt wie auch die Geburten je Frau sind deutlich zurückgegangen. Im späten 19. Jahrhundert lag die Geburtenrate noch bei vier bis fünf Kindern je Frau. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war sie auf zwei bis drei zurückgegangen. Nach einem Einbruch zum Kriegsende 1945 stellte sich dieser Wert auch in der frühen Bundesrepublik wieder ein. Seit den 1970er Jahren liegt die Geburtenrate bei etwa 1,3 bis 1,4 Kinder je Frau.



## Familienpolitik: Noch viel zu tun

Um den demografischen Wandel mittelfristig zumindest abzumildern, müssten deutlich mehr Kinder geboren werden. In den letzten Jahren hat sich die Zahl der Geburten – noch immer auf niedrigem Niveau – leicht erhöht. Ein wichtiger Grund dafür: Die Rahmenbedingungen für Familien und

Kinder haben sich verbessert. Mehr Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote und vereinzelt familienfreundlichere Arbeitszeitmodelle haben die Möglichkeiten ausgeweitet, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

Dennoch liegt das größte Stück auf dem Weg zu wirklich familienfreundlichen Rahmenbedingungen noch immer vor uns: Die Kapazitäten und Qualität der Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern sind nach wie vor unzureichend. Noch immer zeigen sich viele Unternehmen unflexibel gegenüber dem Wunsch nach familienfreundlicheren Arbeitsbedingungen. Nach wie vor sind Alleinerziehende (meist Frauen) weit überdurchschnittlich von Armut betroffen. Und noch immer bremst Elternschaft die beruflichen Möglichkeiten gerade von Frauen aus.

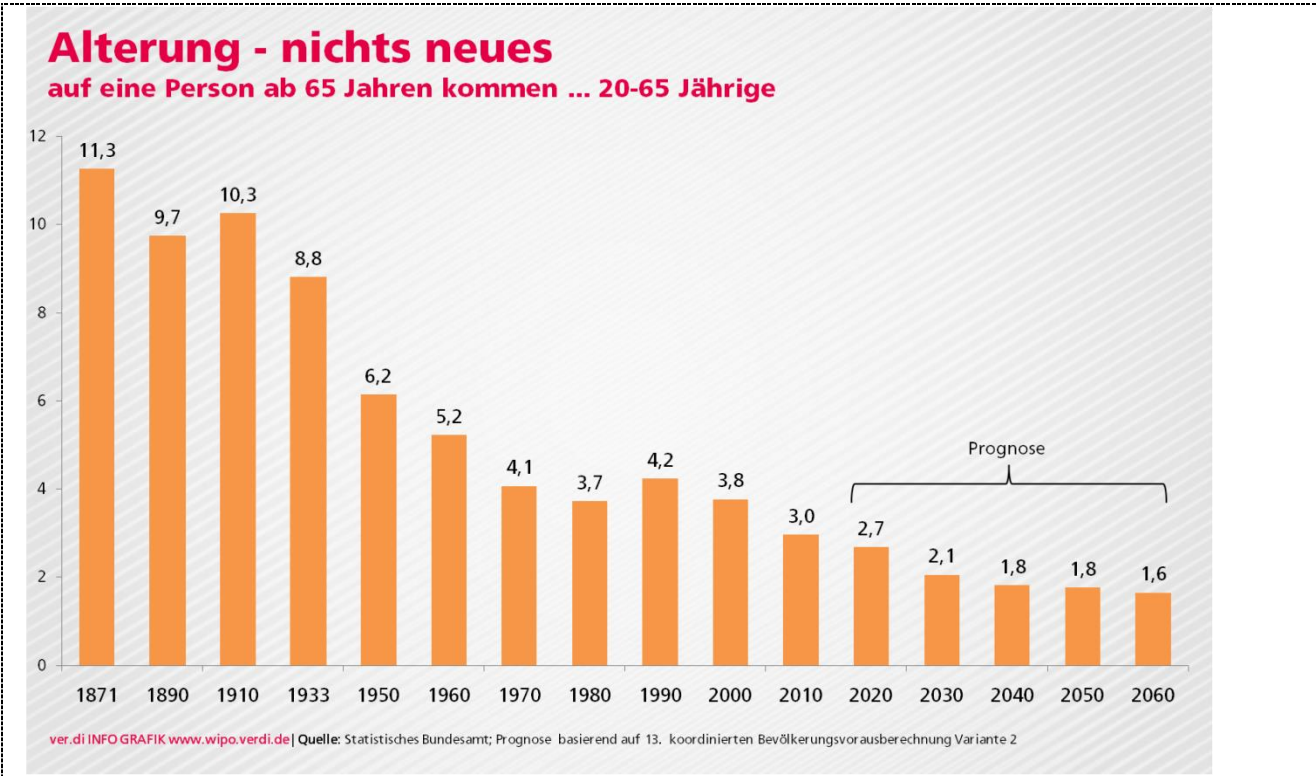
Zu den dringendsten gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben gehören Verbesserungen für Familien und Kinder.

### Alles schon mal da gewesen

Der demografische Wandel ist keine neue Entwicklung. Im Gegenteil: Diese Verschiebung in der Bevölkerungsstruktur ist schon seit dem späten 19. Jahrhundert in Gang. Sie betrifft alle Industriestaaten.

1910 kamen in Deutschland auf eine Person über 65 Jahren etwa 10,3 Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren. 2010 waren es nur noch drei. Trotz der damit einhergehenden erheblichen Zunahme der „Versorgungslasten“ hat sich der Wohlstand in diesem Zeitraum vervielfacht. Das wird er auch in Zukunft tun – zumal der für die nächsten Jahrzehnte prognostizierte demografische Wandel geringer ausfallen dürfte als der vergangene: So soll laut Statistischem Bundesamt der genannte Wert bis 2040 auf 1,8 Personen und bis 2060 auf 1,6 Personen sinken.

In der Vergangenheit hat unsere Gesellschaft einen stärkeren Anstieg der Über-65-Jährigen bewältigt, als er in den nächsten Jahren zu erwarten ist.



*Auf eine Person über 65 Jahren kommen immer weniger Personen im arbeitsfähigen Alter von 20 bis 65 Jahren. Diese Entwicklung ist nicht neu, sondern schon seit mindestens 150 Jahren im Gang. Der bevorstehende Rückgang ist dabei geringer als der, der schon hinter uns liegt.*

Und selbst solche Prognosen sind mit Vorsicht zu genießen. Denn die demografische Entwicklung hängt von zu vielen Faktoren ab, als dass man sie verlässlich vorhersagen könnte. Gewiss ist nur: Kommt es nicht zu gravierenden unerwarteten Entwicklungen, dann wird die Bevölkerung in Deutschland auch weiterhin älter werden. Was aber keine Katastrophe ist, denn das tat sie bislang auch, ohne dass die Welt untergegangen wäre.

Die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland beruht auf dem so genannten Umlageverfahren. Dabei finanzieren die Berufstätigen unmittelbar die Renten derer, die nicht mehr im Berufsleben stehen. Heute wird dieses Verfahren oft kritisiert, weil es angeblich durch den demografischen Wandel in Schwierigkeiten gerate. Schließlich wachse die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, während die Zahl der einzahlenden Erwerbstätigen fast stagniere und bald sogar zurückgehe. Tatsächlich aber war dieser demografische Wandel schon längst im Gang, als 1957 das Umlageverfahren eingeführt wurde.

In jener Zeit sank die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (20-65 Jahre) je Person im Rentenalter von 6,2 (1950) auf 4,1 (1970). Dies entspricht einem Rückgang um etwa ein Drittel binnen 20 Jahren. Das Umlageverfahren hat sich dennoch bewährt. Damals und in den Jahrzehnten danach. Eine Steigerung der Erwerbstätigkeit wie auch eine beständige Steigerung der Produktivität machten es möglich. Das sind auch heute entscheidende Stellschrauben für eine zukunftssichere Rente.

### **Stellschraube Einwanderung?**

Seit 1960 zogen im Durchschnitt etwa 185.000 mehr Menschen pro Jahr nach Deutschland, als von hier weggegangen sind. Etwa 20 Prozent der Bevölkerung haben heute einen Migrationshintergrund. Einwanderinnen und Einwanderer sind mit einem Durchschnittsalter von 35 Jahren jünger als der Rest der Bevölkerung, deren Durchschnittsalter bei 44 liegt (Stand: 2014). Da aber auch sie älter werden, kann Einwanderung den demografischen Wandel nur abmildern. Den Einwanderinnen und Einwanderern muss durch Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote, durch eine nicht-diskriminierende Personalpolitik sowie durch gute Arbeitsbedingungen und Löhne ein hochwertiger Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Das stärkt die Sozialversicherungssysteme und die gesellschaftliche Integration gleichermaßen.

### **Produktivität schlägt Demografie**

Immer weniger Menschen, die im Arbeitsleben stehen, müssen für immer mehr Menschen im Rentenalter sorgen. 2010 kamen auf eine Person über 65 Jahren drei Personen im erwerbsfähigen Alter (20-65 Jahre), 2040 werden es nach derzeitigen Prognosen nur noch 1,8 sein. Wie soll das möglich sein?

Die Lösung heißt: höhere Produktivität. Dank eines beständigen Fortschritts der Arbeitsproduktivität kann zukünftig mit weniger Menschen mehr produziert werden. Und alle können am gestiegenen Wohlstand teilhaben.

## Was ist Produktivität?

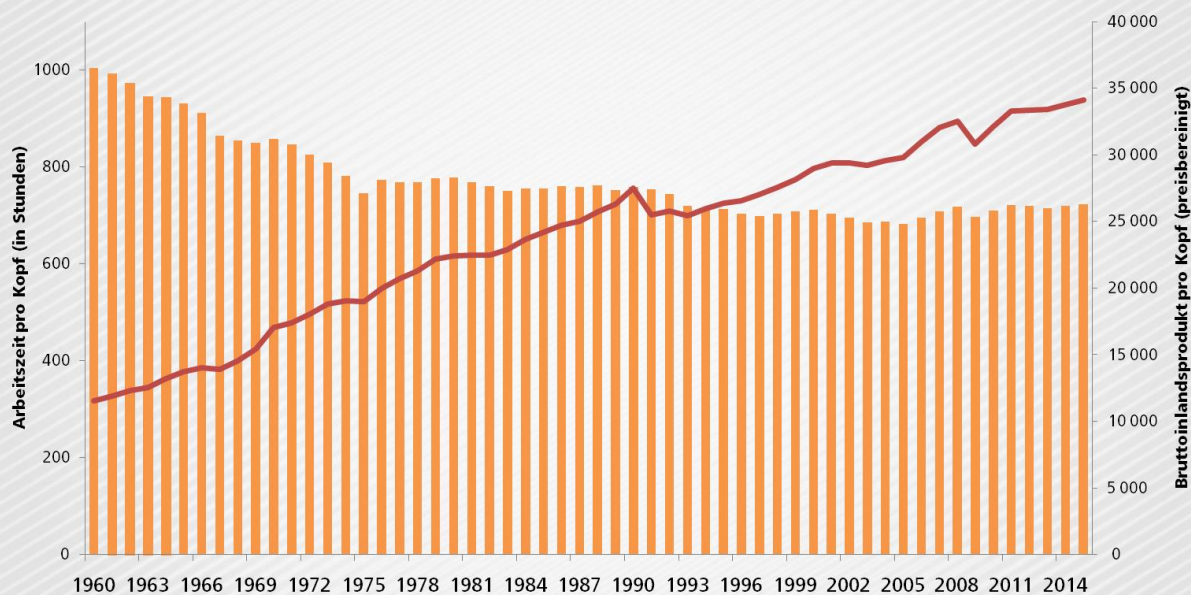
Die „Arbeitsproduktivität“ ist eine Kennziffer, die angibt, wie hoch die durchschnittliche Produktion von Waren und Dienstleistungen je Arbeitsstunde ausfällt. Je mehr es gelingt, die Arbeitsproduktivität von Jahr zu Jahr zu steigern, desto besser kann ein Land den demografischen Wandel bewältigen. Denn damit wächst auch der Kuchen, an dem alle (Erwerbstätige und Nichterwerbstätige) teilhaben können. Um die Arbeitsproduktivität zu verbessern, kommt es auf technologische Innovationen, organisatorische Effizienz sowie ein gutes Bildungsniveau und eine hohe Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten an.

## Produktivität: Quelle des Wohlstands

Eine beständige Zunahme der Arbeitsproduktivität sorgt schon seit vielen Jahrzehnten dafür, dass wir trotz demografischem Wandel einen wachsenden Wohlstand genießen können. Im 19. Jahrhundert konnte eine Beschäftigte bzw. ein Beschäftigter in der Landwirtschaft kaum mehr als sich selbst mit lebensnotwendigen Gütern versorgen. Bereits im Jahr 1950 war in Deutschland eine Arbeitskraft in der Landwirtschaft in der Lage, 14 andere Menschen mit zu versorgen. Bis Anfang des 21. Jahrhunderts wuchs das Verhältnis auf 1 zu 88. Damit stieg das Pro-Kopf-Verhältnis allein zwischen 1950 und 2002 um mehr als 500 Prozent. Ähnliche, teils sogar noch eindrucksvollere Entwicklungen kennzeichnen auch Industrie und Dienstleistungen.

Die Zunahme der Arbeitsproduktivität erklärt, wie mehr Waren und Dienstleistungen und damit höhere reale Einkommen produziert werden können, auch wenn die Zahl der Erwerbstätigen oder der von ihnen geleisteten Arbeitsstunden stagniert oder sogar schrumpft: In den frühen 1960er Jahren betrug die durchschnittliche Jahresarbeitszeit pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland noch um die 1000 Stunden jährlich. Bis heute ist sie durch einen höheren Anteil älterer Menschen und kürzere Arbeitszeiten auf etwas über 700 Stunden zurückgegangen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Person aber ist im gleichen Zeitraum deutlich angestiegen: Von etwa 13.000 Euro pro Kopf ausgehend, ist es um etwa das 2,5fache auf über 34.000 Euro gewachsen.

## Wachsender Reichtum bei sinkender Arbeitszeit



ver.di INFO GRAFIK [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) | Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, eigene Berechnungen. Bis 1991 Früheres Bundesgebiet.



Seit den 1960er Jahren sinkt die durchschnittliche Arbeitszeit pro Kopf der Bevölkerung, zugleich wächst das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Obwohl also immer weniger gearbeitet wurde, nahmen die Einkommen pro Person zu.

## Reale Einkommenszuwächse von fast 70 Prozent bis 2060

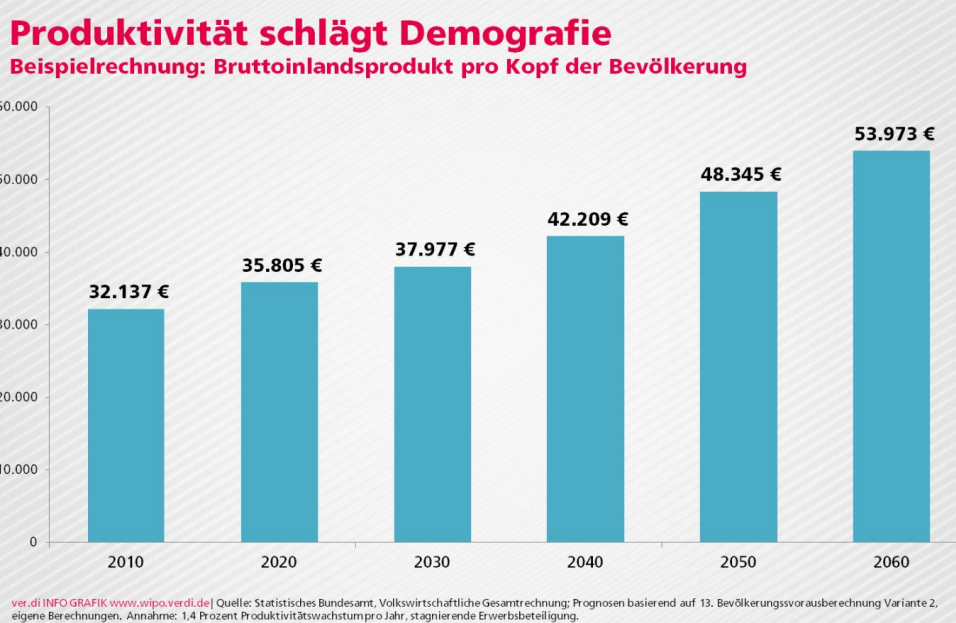
In den 1970er Jahren wuchs die Produktivität in Deutschland jährlich im Durchschnitt um 3,8 Prozent. In den 1980er und 1990er Jahren waren es nur noch knapp über zwei Prozent, um seit dem Jahr 2000 auf unter zwei Prozent zu fallen, in vielen Jahren sogar unter ein Prozent. Dieser rückläufige Trend ist kein deutsches Phänomen, sondern betrifft alle Industriestaaten.

All das bedeutet nun aber nicht, dass es in Zukunft keine Steigerung der Arbeitsproduktivität mehr geben wird. Ganz im Gegenteil könnte sie gerade durch die zunehmende Digitalisierung der Produktion von Waren und Dienstleistungen einen neuen Schub erhalten.

**Das Produktivitätswachstum in den zurückliegenden Jahrzehnten war beachtlich. Auch zukünftig wird die Produktivität weiter zunehmen.**

Die entscheidende Frage ist allerdings: Wird die wachsende Produktivität ausreichen, um die Belastungen aus dem demografischen Wandel mindestens auszugleichen?

Die Antwort: Ja, das wird sie! Seit 1991 betrug der durchschnittliche Zuwachs der Produktivität in Deutschland nur schwache 1,4 Prozent pro Jahr. Unterstellen wir, dass bis 2060 die Produktivität weiterhin jährlich nur um diesen Wert zunimmt. Unterstellen wir ferner, dass die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (20-65 Jahre) bis 2060 in jenem Umfang schrumpft, den das Statistische Bundesamt prognostiziert, nämlich von fast 50 Millionen auf weniger als 38 Millionen Menschen. Die Bevölkerung insgesamt sinkt von etwa 80 auf 73 Millionen. Unterstellen wir außerdem, dass die Erwerbsbeteiligung nicht weiter ansteigen wird. Wir legen unserer Berechnung also ein vorsichtiges, ja sogar pessimistisches Szenario zu Grunde. Im Ergebnis ergibt sich bis 2060 dennoch ein realer Einkommenszuwachs von fast 70 Prozent: Das BIP pro Kopf der Gesamtbevölkerung steigt von 32.137 Euro (2010) auf 53.973 Euro (2060)!



*Selbst unter pessimistischen Annahmen führt der demografische Wandel in Deutschland nicht zu einem schrumpfenden Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Die Beispielrechnung unterstellt einen jährlichen Zuwachs der Produktivität von nur 1,4 Prozent, einen Rückgang der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (20-65 Jahre) bis 2060 von fast 50 Millionen auf weniger als 38 Millionen und eine stagnierende Erwerbsbeteiligung. Dennoch ergibt sich bis 2060 ein deutlicher realer Einkommenszuwachs pro Person.*

**Produktivität schlägt Demografie: Trotz demografischer Veränderungen wächst das für jeden Menschen zur Verfügung stehende Einkommen deutlich.**

Noch höher wird der Einkommenszuwachs ausfallen, wenn es gelingt, die Erwerbsbeteiligung weiter zu erhöhen und wieder stärkere Produktivitätssteigerungen zu erreichen. Genau hierin liegt die Bedeutung und die Aufgabe einer vernünftigen Beschäftigungs-, Wirtschafts- und Bildungspolitik.

### **Spielräume zur Finanzierung des Sozialstaats wachsen**

Jede Bürgerin und jeder Bürger kann also trotz der Alterung unserer Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten durchgehend Einkommenssteigerungen erhalten. Die Spielräume zur Finanzierung des Sozialstaats werden damit nicht kleiner, sondern größer. Die Bedingung dafür ist allerdings, dass die Produktivitätszuwächse sich auch mindestens im gleichen Maße in Reallohnzuwächsen niederschlagen, also keine Umverteilung zugunsten des Kapitals stattfindet. Entscheidend ist also nicht die abnehmende Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, und auch nicht der demografische Wandel an sich, sondern die Entwicklung der Erwerbstätigkeit und der Produktivität sowie die Verteilung des erwirtschafteten wachsenden Wohlstands. Werden hier die Weichen richtig gestellt, ist es weder notwendig, das Renteneintrittsalter weiter anzuheben, noch, das derzeit zu niedrige Rentenniveau beizubehalten bzw. weiter abzusenken.